



Haushalts- und Finanzausschuss

35. Sitzung (öffentlicher Teil)¹⁾

10. November 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:30 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Manfred Palmen (CDU)

Protokoll: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur heutigen Tagesordnung **5**

- 1** **Anmeldung zum Rahmenplan 2012 bis 2015 nach § 7 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)** **6**

Vorlage 15/891

Der Haushalts- und Finanzausschuss **empfiehlt** dem Landtag einstimmig, die **Anmeldung** der Landesregierung – Vorlage 15/891 – **zur Kenntnis zu nehmen.**

¹⁾ vertraulicher Teil mit TOP 10, 11 und 12 siehe vAPr 15/25

2 Vierte Verordnung zur Änderung der Ersatzschulfinanzierungsverordnung (FESchVO) – 4. ÄVOzFESchVO **7**

Vorlage 15/864

Der Haushalts- und Finanzausschuss **stimmt** dem **Verordnungsentwurf** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP **zu**.

3 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften **8**Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

Der Ausschuss will in der nächsten Sitzung entscheiden, ob er bereits am 1. Dezember oder erst am 15. Dezember ein Votum zu dem Gesetzentwurf abgeben kann.

4 Erwerb der Bundesanteile an der Duisburger Hafen AG **9**Antrag
der Fraktion Die Linke
Drucksache 15/2850

Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an ABWV)

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, sich an der – noch zu beschließenden – **Anhörung** des federführenden Ausschusses **nachrichtlich zu beteiligen**.

5 Ergebnisse der November-Steuerschätzung 2011, Steuereinnahmen – heruntergebrochen auf die einzelnen Steuerarten – in den Jahren 2011 bis 2013 **10**

Bericht der Landesregierung

– Bericht von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) **10**– Aussprache **12**

- 6 Entwicklung des Landeshaushalts im Ist zum letztmöglichen Zeitpunkt hinsichtlich der Entwicklung der Einnahmearten im Einzelnen (Steuern und übrige Einnahmen), der Personal- und Zinsausgaben, der sächlichen Verwaltungsausgaben, der Investitionen, der Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse, aktueller Stand beim Länderfinanzausgleich, erwartete Unterlegung der globalen Minderausgaben sowie erwartete Nettokreditaufnahme bzw. Nettoneuverschuldung** 19
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 15/945
- Der Ausschuss nimmt den Bericht im Rahmen einer kurzen Aussprache entgegen; eine ergänzende Erläuterung soll nachgeliefert werden.
- 7 Aktueller Stand der Kreditaufnahmen, Kassenkredite, Tilgungen sowie Inanspruchnahme der Kreditermächtigungen für Kreditmarktmittel im Haushaltsjahr 2011** 20
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 15/929
- Die Vorlage wird im Rahmen einer kurzen Aussprache entgegengenommen.
- 8 Fachmesse des Arbeitsstabes EPOS.NRW des Finanzministeriums zur sukzessiven Einführung von EPOS in allen Einrichtungen und Behörden des Landes, Verfolgung einer weiteren Einführung von EPOS.NRW zur Verbesserung der Transparenz für das Parlament in den Fachressorts (gemeinsame fraktionsübergreifende Initiative aus 2001)** 21
- Sachstandsbericht und Stellungnahme der Landesregierung
Vorlage 15/925
- Der Ausschuss vereinbart, im HFA noch eine Berichtserstattung über die Fachmesse EPOS vorzusehen.
- 9 Verschiedenes** 22

3 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

Dieser Gesetzentwurf sei, so **Vorsitzender Manfred Palmen**, erst am 20. Oktober 2011 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration sowie zur Mitberatung unter anderem an den HFA überwiesen worden. Der federführende Ausschuss habe für die Beratungen einen sehr ambitionierten Zeitplan beschlossen, dem er gegenüber dem Vorsitzenden des federführenden Ausschusses deutlich widersprochen habe. Dieser habe in seiner Antwort darauf abgestellt, dass die Obleute den straffen Zeitplan so gebilligt hätten, aber gleichzeitig erkennen lassen, dass man über die Frage, wann über den Gesetzentwurf endgültig entschieden werde, sicherlich reden könne.

Die Anhörung zu diesem Gesetzentwurf sei gestern Nachmittag erfolgt; selbstverständlich liege das Protokoll darüber noch nicht vor. Da der federführende Ausschuss nach dem Zeitplan seine Beratungen am 14. Dezember 2011 abschließen wolle, werde er diesen Tagesordnungspunkt für die HFA-Sitzung am 1. Dezember vorsehen; die Ausschussmitglieder könnten dann entscheiden, ob sie bereits ein Votum abgeben könnten. Eine Option wäre noch, dass der HFA am 15. Dezember votiere und der federführende Ausschuss am 14. Dezember ausdrücklich vorsehe, das Votum des HFA in die für das Plenum am 21./22. Dezember zu fertigende Beschlussempfehlung aufzunehmen.

Da der federführende Ausschuss am 30. November die umfangreiche Anhörung auswerten wolle, hielte er persönlich es für schwierig, seitens des HFA bereits einen Tag später eine abschließende Meinung zum Ausdruck zu bringen. Der Hauptgrund, weshalb er gegen den Zeitplan remonstriert habe, liege darin, dass der Landtag seit der Integrationsoffensive 2001 versucht habe, gemeinsam eine Lösung zu finden. Er meine auch, ein breites Interesse im Landtag zu erkennen, zu einer möglichst einvernehmlichen Gesetzesverabschiedung zu kommen.

Christian Weisbrich (CDU) schließt sich den Ausführungen des Vorsitzenden an. Das entscheidende Kriterium sei für ihn, nach Möglichkeit eine gemeinsame Verabschiedung hinzubekommen. Der Zeitraum zwischen dem Zugang des Anhörungsprotokolls und dem Termin der abschließenden Ausschussberatung sei viel zu kurz. Wenn man das am 1. Dezember übers Knie breche, komme nichts Gutes heraus.

Martin Börschel (SPD) unterstützt den Verfahrensvorschlag des Vorsitzenden. Die Fraktionen der SPD und der Grünen möchten nicht von vornherein festlegen, ob man am 1. oder am 15. Dezember votiere, sondern sich die Optionen offenhalten und am 1. Dezember entscheiden, welches Verfahren sachgerecht erscheine.

